



Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Abgeordneter Brandner, AfD:

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Die finden Fernsehen wahrscheinlich ohnehin doof!)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Kommunistisches Machtwerk!)

Herr Sitzungspräsident, liebe Kollegen der AfD –vollständig da –, werte Abgeordnete der Altparteien, ich mache es kurz: Der Gesetzentwurf als solcher ist etwas sperrig und wir verschließen uns der Überweisung an den Ausschuss auch nicht, aber wir haben etwas andere Ansatzpunkte: Bei uns geht es eigentlich grundsätzlich um den – beschönigend – sogenannten öffentlich-rechtlichen Rundfunk, unter anderem also neun Sender der ARD und das ZDF und Radiosender, den wir als deutschen Staatsfunk bezeichnen. Dominiert und gesteuert wird das Ganze durch Sie, die Altparteien. Finanziert wird das Ganze durch Zwangsabgaben, die alle durch die Bank teilweise mehrfach leisten müssen und die eingetrieben werden durch den heute – euphemistisch – sogenannten Beitragsservice, früher Gebühreneinzugszentrale oder GEZ. Ich bleibe bei dieser GEZ, das prägt sich besser ein. Dieser Staatsfunk, den wir nicht gut finden, zeichnet sich dadurch aus, uns zu langweilen mit leichten und seichten Spielsendungen – Sie kennen das alle –, Festen der Volksmusik in allen möglichen Varianten, Tatortendlosschleifen und einer ausgeufernten Anzahl von Quasselsendungen, die auch gerne Talkshows genannt werden. Zusätzlich gibt es noch dann und wann Berichterstattungen von Ihren Jubelparteitagen und meist feindselige und sehr tendenziöse Berichterstattungen über Parteien – dazu komme ich –, Gruppierungen und Meinungen, die sich kritisch mit den Entwicklungen unserer Gesellschaft und unserem Land auseinandersetzen. Gerne und heftig geschwungen wird dann, genauso wie hier im roten Block, die Nazi- oder Faschismuskeule. Opfer dieser Tendenzberichterstattungen – jetzt fange ich gleich an zu weinen, ich nehme den Zwischenruf vorweg – dieses Staatsfunks sind auch oft wir von der AfD, aber das nur am Rande.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Am rechten Rand!)

Mit anderen Worten: Eine halbwegs ausgewogene objektive Berichterstattung gibt es im Staatsfunk nicht. Die Idee dieses Zwangsgebührenstaatsfunks ist aus unserer Sicht aber auch grundsätzlich überholt. Die Wurzeln, ich weiß nicht, wer das von Ihnen weiß, dieses Zwangsstaatsfunks liegen in der Spätzeit der Weimarer Republik.

Vizepräsident Höhn:

Herr Abgeordneter Brandner, einen kleinen Augenblick. Herr Abgeordneter Höcke, ich darf Sie aufmerksam machen, dass jegliche Nahrungsaufnahme im Plenarsaal untersagt ist.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Brandner, Sie haben weiterhin das Wort.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ja, wo war ich jetzt? Also, ich hatte gesagt, dass sie die Wurzeln in der Spätzeit der Weimarer Republik hat. Der Staatsfunk ist, die Geschichte zeigt das und die aktuelle Lage ja auch, sehr anfällig für politische Einflussnahmen und Steuerung durch die Regierenden. Viel gesprochen wird in dem Zusammenhang über Grundversorgung, die aber in Zeiten des weltweiten Netzes, des privaten Fernsehens und Radios und einer Vielzahl von Zeitungen und Zeitschriften überhaupt nicht mehr notwendig ist.

(Beifall AfD)

Angesichts dieser Vielzahl von staatsunabhängigen Medien kommt einem Staatsfunk keine besondere und schon gar keine überragende Bedeutung mehr zu. Es wäre ja auch nicht einzusehen, warum sich diese Grundversorgung dann auf Radio und Fernsehen beschränken sollte. Nicht einzusehen ist auch, warum sich die Sender der ARD und des ZDF-zwangsgebührenfinanziert und damit jeder Wirtschaftlichkeit entzogen – in Konkurrenz zu privaten Anbietern im Netz und der Presse begeben und auch noch Werbeeinnahmen erzielen. Die freie Rede, Herr Blechschmidt, habe ich mir vom Kollegen Ramelow abgeguckt. Sie haben das mitbekommen, oder? Niemand käme ernsthaft auf die Idee, eine Zwangsabgabe dafür einzuführen, dass die Möglichkeit eingeräumt wird, Zeitungen zu lesen. Wie wäre wohl die Reaktion in Deutschland, würde man jeden Einzelnen, ob er lesen kann oder nicht, dazu zwingen, monatlich 8 Euro zu bezahlen für die Möglichkeit, eine Zeitung zu lesen. Ein Aufschrei ginge durch die Republik.

(Beifall AfD)

Daran merken Sie, wie absurd diese Zwangsabgabe ist bezogen auf Fernsehen und Radio. Reden wir über GEZ-Gebühren, reden wir – nun hören Sie zu, eigentlich müssten Sie mir jetzt zustimmen – über eine unsoziale Wohnungs- oder Kopfsteuer, die da erhoben wird,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Würden Sie das mir überlassen?)

eine Zwangsabgabe, die pro Jahr und bei Kleinthaushalten auch pro Person rund 215 Euro beträgt. 215 Euro pro Person in einem Kleinthaushalt! Tatsächlich ist die Belastung aber noch viel höher, weil nahezu jeder mehrfach zahlt. Abgesehen von den Hostels, die Sie erwähnt haben, muss gezahlt werden auch für Betriebsstätten, Kindergärten, städtische Einrichtungen, Friedhofsverwaltungen – auch Krematorien sind da nicht befreit –,

(Beifall AfD)

Hotelzimmer, Supermärkte, Fabriken und Kraftfahrzeuge. Es handelt sich also um nichts anderes als eine allgemeine Staatsfunksteuer, die daran anknüpft, dass der Belastete irgendwo wohnt, irgendwo arbeitet oder sich auch nur irgendwo aufhält.

Das hat mit der tatsächlichen Inanspruchnahme nicht ansatzweise etwas zu tun. Reden wir über die GEZ-Gebühren, reden wir auch über eine gänzlich unsoziale Umverteilung – hören Sie zu, das ist doch Ihr Wort! – von unten nach oben. Jeder zahlt direkt oder indirekt auch höhere Lebensmittel- und Verbraucherpreise dadurch, dass natürlich auch die Supermärkte abführen müssen.

Es profitieren davon aber nur wenige. Wer profitiert? Zum Beispiel die Mitarbeiter in den Staatsfunkanstalten. Ich habe gelesen, kein Redakteur fängt da mit unter 5.000 Euro, 13-mal im Jahr

gezahlt, an. Wer profitiert noch davon? Das sind noch mehr als unsere Diäten übrigens, damit Sie das vergleichen können.

Finanziert wird es von allen, egal ob arm oder reich. Davon bezahlt werden die Millionengagen für Gottschalk und Co. und ein paar Dutzend Fußballspieler auch noch, die dann durch die Champions League oder durch die Bundesliga rennen. Soziale Politik sieht anders aus. Ich denke, dass Sie mir da auch zustimmen. Reden wir über die GEZ-Gebühren, reden wir über ein intransparentes Finanzierungssystem! Oder wissen Sie, was Lanz, Silbereisen, Kleber und die anderen Gesichter des Staatsfernsehens so aus dem Geldspeicher der Öffentlich-Rechtlichen bekommen? Das weiß kein Mensch, das ist geheim.

(Beifall AfD)

Einnahmen von rund 8 Milliarden Euro im Jahr – das entspricht ziemlich genau den Einnahmen des gesamten Freistaats Thüringen, wenn ich das richtig gelesen habe – kommen so zusammen. Das heißt, dieses Finanzvolumen, was dem Freistaat zur Verfügung steht, wird im öffentlich-rechtlichen Staatsfunk für leichteste Fernseh- und Radiokost einfach verbraten. Man kann sich viel Besseres vorstellen, was man mit solchen Beträgen machen könnte.

Interessant in diesem Zusammenhang übrigens auch – ich hoffe, dass ich da richtig recherchiert habe –, dass die Personalkosten im Staatsfunk bei 40 Prozent der Einnahmen liegen, im Freistaat Thüringen bei ungefähr der Hälfte. Auch daran sehen Sie, wie da geaast wird mit öffentlichen Geldern. Wenn man von Verwaltungswasserköpfen spricht, dann kommen die des Staatsfunks in die Aufsichts-, Bei- und sonstigen Räten auf eine Vielfalt von zu versorgenden Politikern der Altpartei wohl an erster Stelle. Jeder vernünftig denkende Mensch – wir sehen uns da so ein bisschen als Vorhut – muss also zu dem Ergebnis kommen, dass da erheblich gespart werden muss und auch kann.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Da kriege ich ja richtig Angst!)

Unser Wunsch ist es, den parteiengesteuerten und zwangsfinanzierten Staatsfunk ganz abzuschaffen.

(Beifall AfD)

Das wird nicht von heute auf morgen gehen, ich sehe das ja an der Reaktion hier, aber er sollte zumindest auf ein unverzichtbares Maß zurückgestutzt werden. Wir werden daher darauf hinwirken, dass die Rundfunkstaatsverträge zumindest in ihrer jetzigen Form aufhören zu existieren und dass der Freistaat Thüringen, vertreten durch die abwesende Exekutive, schnellstmöglich diese Verträge kündigt. Das ist möglich zum Ende nächsten Jahres. Darauf müssen wir uns verständigen. Wir könnten das hier im Landtag machen und dann wäre der gesamte GEZ-Mist weg.

Vizepräsident Höhn:

Herr Abgeordneter Brandner, den „Mist“ lassen wir beim nächsten Mal weg.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Dann hat er gar nichts mehr zu sagen!)

Abgeordneter Brandner, AfD:

Okay. Habe ich das gesagt? Da gingen die Gäule mit mir durch, Entschuldigung. Ich wollte jetzt auch schließen, da bin ich auch gleich fertig. Lassen Sie mich schließen mit einigen Worten aus dem aktuellen Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten

– KEF –. Die Kommission ist bekannt, sie ist dem Einfluss der AfD völlig entzogen und zusammen gestellt von den üblichen Verdächtigen. Diese Kommission erwartet im Zeitraum 2013 bis 2016 Einnahmen aus Rundfunkbeiträgen von – da müsste der Finanzminister oder die Finanzministerin blass werden, wenn sie hier wäre –31,814 Milliarden Euro. Das sind Einnahmen – oder? –, davon träumt man. Die Kommission empfiehlt den Ländern, den Beitrag ab 2015 um 73 Cent auf 17,25 Euro abzusenken. Bei diesem Vorschlag ist die Hälfte der zu erwartenden Mehreinnahmen aus Teilnehmerbeiträgen bereits eingerechnet. 1 Milliarde Mehreinnahmen gab es übrigens, weil dieses Berechnungssystem umgestellt wurde auf diese Wohnungssteuer. Also allein diese Feststellungen der KEF machen es rätselhaft, wieso die damalige Vertreterin unseres Freistaats, Frau Lieberknecht – die sehe ich jetzt auch nicht –, zustimmte und hier die Entscheidung getroffen werden soll, ob eine Senkung nur um 48 Cent stattfindet. Das Minimum müsste aus unserer Sicht sein, dass kurzfristig zumindest um diese 73 Cent reduziert wird, wie es die KEF ja mit einem Finanzpolster von 500 Millionen festgestellt hat. Die AfD-Fraktion wird da – ich will die Beratung nicht vorwegnehmen –, aber ich gehe mal davon aus, dass die AfD-Fraktion der Änderung des Staatsvertrags nicht zustimmen wird, weil er als Ganzes auf den Prüfstand gehört und nicht einzusehen ist, warum die Bevölkerung mit einer nur um wenige Cent reduzierten Staatsfunksteuer zufrieden sein soll. Jetzt bin ich fertig. Danke schön.

(Beifall SPD, AfD)

Ich würde sagen, Applaus von der SPD.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Erleichterung im Hause!)